

## **Wir müssen Sozialdumping auf europäischen Straßen stoppen**

Der Güterkraftverkehr sieht sich generell dem Problem des „Sozialdumping“ gegenüber, ein Begriff, der oftmals in diskriminierender Weise verwendet wird, um billigere Arbeitskräfte zu rechtfertigen, was jedoch zu unlauterem Wettbewerb führt. Dieses Problem bezeichnet in der Tat die Ausbeutung von Arbeitnehmern und die Verletzung ihrer Rechte.

Wenn die EU in den nächsten Jahren ein neues Mobilitätspaket und ein Straßentransportpaket aushandelt, müssen wir den Schutz der Arbeitnehmer intensivieren, d. h. die Vorschriften stärken, die Kontrollen verbessern und die Sanktionen im europäischen Güterkraftverkehr verschärfen. Viel zu viele osteuropäische Lkw-Fahrer werden von ihren Arbeitgebern ausgebeutet und arbeiten unter Bedingungen weit unter den hohen Qualitätsstandards, die in den Ländern angewendet und durchgesetzt werden sollten, in denen ausgebeutete Lkw-Fahrer tätig sind, was zu unlauterem Wettbewerb und Sozialdumping beiträgt.

Die dänische Gewerkschaft 3F und der Arbeitgeberverband DTL haben eine Umfrage unter ausländischen Arbeiternehmern aus dem Transportsektor in Dänemark durchgeführt. Die Ergebnisse zeigen eine ernsthafte Schwäche der EU-Rechtsvorschriften hinsichtlich der Höhe der Bezahlung, der Kabotage, der Arbeitsbedingungen und des Lebensstandards.

Das Muster ist klar: Osteuropäische Lohnarbeiter werden ausgebeutet, um die Transportindustrie in Nordwesteuropa zu untergraben. Und es gibt eindeutige Signale, dass Sozialdumping und unlauterer Wettbewerb eine ernsthafte Bedrohung für den Transportsektor und den Arbeitsmarkt in Europa darstellen.

Am Ende wird diese Entwicklung allen Arbeitnehmern des Transportsektors in ganz Europa schaden, wenn die EU nicht handelt. Und es muss schnell gehandelt werden. In den letzten Jahren haben Dänemark, Frankreich, Schweden, Finnland, Deutschland, Österreich, die Niederlande und Belgien verschiedene nationale Maßnahmen ergriffen, um Sozialdumping im Transportsektor entgegenzuwirken. Dieser Trend wird sich fortsetzen, wenn keine gemeinsamen Lösungen gefunden werden.

Wie können wir Veränderungen herbeiführen?

Wir schlagen vor, dass sowohl die EU als auch die nationalen Behörden aufgefordert werden sollten, ähnliche Umfragen durchzuführen, um die Bedingungen im Transportsektor offenzulegen und die gesammelten Daten als Grundlage für Empfehlungen im Zusammenhang mit nationalen und EU-Rechtsvorschriften zu nutzen, die angepasst oder grundlegend verändert werden müssen.

Wir brauchen mehr als nur eine einfache Prüfung der Richtlinie zu kombiniertem Verkehr, der Kabotage-Vorschriften und der Vorschriften für die Entsendung von Arbeitnehmern. Alle bestehenden Vorschriften weisen eklatante Schwächen auf, da die Kontrollen oder Sanktionen zu schwach sind. Dies gilt sowohl auf nationaler Ebene als auch auf europäischer Ebene. Wir müssen Briefkastenfirmen und Betrug bekämpfen, um es betrügerischen Unternehmen zu erschweren, die

Vorschriften zu umgehen. Dies muss mit Maßnahmen kombiniert werden, die die Arbeitsbedingungen aller Arbeitnehmer strukturell verbessern, um qualitativ hochwertige Arbeitsplätze in diesem Sektor zu gewährleisten.

Die EU muss strengere und klarere Vorschriften erlassen, damit wir die Möglichkeiten für Kontrollen und Sanktionen verbessern können, die eine abschreckende Wirkung auf Unternehmen haben, die die Vorschriften umgehen. Entsprechende Lösungen sollten sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene diskutiert und erarbeitet werden.

In Zeiten größter klimatischer Herausforderungen, die die Menschheit überwinden muss, geht unser Einsatz gegen Sozialdumping und unlauteren Wettbewerb im Kraftverkehr Hand in Hand mit unserer Unterstützung von Anreizen für einen grüneren Güterverkehr.

In dieser Hinsicht ist der Kampf gegen Sozialdumping auch eine Möglichkeit, um sauberere Transportmethoden zu fördern.